

Der Vollzugsdienst

1/2015 – 62. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Gewalt im Justizvollzug:
Bedienstetenschutz
ist Führungsaufgabe**

Kommentar von Anton Bachl,
BSBD-Bundesvorsitzender

Seite 1

**Elektrowerkstatt der
Justizvollzugsanstalt
Fuhlsbüttel ausgezeichnet**

Für herausragende Leistungen in der
dualen Berufsausbildung geehrt

Seite 28

**„Eiszeit“ – Frostige Zeiten
für Landesbeschäftigte
in Hessen ab 2015**

Weitere „Sonderopfer“ von
Beamtinnen und Beamten gefordert

Seite 31



Foto: dbb Journal

Fachteil: 10 Jahre dbb Jahrestagung in Köln



Berlin



Rheinland-Pfalz



Sachsen

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Gewalt im Justizvollzug: Bedienstetenschutz ist Führungsaufgabe
- 2 Islamisten – eine Klientel im Blickpunkt der Öffentlichkeit
- 3 Russ stimmt auf schwierige Einkommensrunde mit Ländern ein
- 3 Gute Investition
- 4 In wenigen Tagen beginnt der große Kampf!

LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 18 Bayern
- 19 Berlin
- 24 Brandenburg
- 27 Bremen
- 28 Hamburg
- 31 Hessen
- 37 Mecklenburg-Vorpommern
- 40 Niedersachsen
- 43 Nordrhein-Westfalen
- 57 Rheinland-Pfalz
- 62 Saarland
- 64 Sachsen
- 67 Sachsen-Anhalt
- 70 Schleswig-Holstein
- 71 Thüringen

FACHTEIL

- 73 10 Jahre dbb Jahrestagung in Köln. Verfassung ohne Verfallsdatum – Gesellschaft im Wertewandel



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@t-online.de

Landesverbände **Vorsitzende**

Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Helmut Halwachs	Helmut.Halwachs@jm.mv-regierung.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 2/2015:



15. März 2015

Hauptausschuss tagte in Arnstadt

Am 20. November 2014 tagte der Hauptausschuss (Mitglieder des Landesvorstandes und die Ortsverbandsvorsitzenden) in Arnstadt.

Haupttagesordnungspunkte waren:

- die weitere Gestaltung der Verbandsarbeit, vor allem im Hinblick auf die neue Landesregierung.
- 25. Jahrestag der Gründung des

BSBD Landesverband Thüringen im Spätsommer 2015.

- Durchführung eines Sommerbiathlons
- Rechtsschutzangelegenheiten.

Kollege Bursian übernimmt Vorsitz des geschäftsführenden Vorstandes

Kollege **Gerd Schulz** hat im Rahmen der Sitzung gebeten, von seinen Aufgaben als Landesvorsitzender entlastet zu werden.

Der Hauptausschuss hat beschlossen, bis zum Landesvertretertag im Frühjahr

2016 die Geschäfte den verbleibenden Mitgliedern des Landesvorstandes zu übertragen (geschäftsführender Vorstand).

Der Vorsitz des geschäftsführenden Vorstandes und die Außenvertretung wurde dem Kollegen Bursian (2. Vorsitzender) übertragen.

Darüber hinaus wurde beschlossen, den Ortsverbänden über die allgemeinen Beitragsrückflüsse hinaus jeweils 1000,00 Euro für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Der Landesvorstand

Gespräch des Vorsitzenden des tbb Helmut Liebermann mit Finanzministerin Heike Taubert

„... Thüringer Landesbeschäftigte wollen mehr“

Beamtenbund und Verdi fordern Steigerung von mindestens 175,00 Euro

In Thüringen steht eine schwierige Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder bevor. Das zeigte sich beim Treffen der Thüringer Finanzministerin Heike Taubert (SPD) mit dem Vorsitzenden des Thüringer Beamtenbundes, Helmut Liebermann.

Die bevorstehende Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder sowie die Übernahme des Tarifergebnisses auf die Thüringer Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen war eines



Helmut Liebermann.
Foto: www.tbb.de

der Hauptthemen des Treffens. Der **Beamtenbund dbb** und die Dienstleistungsgewerkschaft **Verdi**, die gemeinsam in die Verhandlungen gehen, fordern von den Ländern unter anderem 5,5 Prozent mehr Geld, mindestens aber 175 Euro pro Monat und Beschäftigtem mehr, die Erhöhung der Azubi-Entgelte um 100 Euro pro Monat, eine dauerhafte Übernahme aller Ausgelernten, eine Entgeltordnung für Lehrer, ein Verbot von sachgrundloser Befristung sowie die Übertragung des Tarifabschlusses auf die 1,9 Millionen



Jens Bullerjahn (SPD).

Foto: www.bullerjahn2011.de

Beamten und Pensionäre. **Heike Taubert** hingegen unterstützte die Haltung des Vorsitzenden der **Tarifgemeinschaft der Länder** und sachsen-anhaltinischen Finanzministers **Jens Bullerjahn (SPD)**. Die Gewerkschaftsforderungen seien auch vom Freistaat Thüringen nicht verkraftbar. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei auch keine Aussage zur Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamten möglich.

„Unsere Forderungen sind begründet und realistisch. Zur angemessenen Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

ter des öffentlichen Dienstes gehört deren Erfüllung“, sagte **Helmut Liebermann**. „Es wird schwierig werden, die auch von mir gewollte Würdigung der Leistungen der Beamtinnen, Beamten und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit der finanziellen Belastbarkeit des Thüringer Landeshaushalts zu vereinbaren“, sagte die Ministerin. In der vergangenen Woche hatte **Taubert** noch höhere Ausgaben im Landeshaushalt angekündigt – auch mit Verweis auf die anstehende Tarifrunde für Landesbeschäftigte. Jetzt dürften die kaum glauben, dass für sie kein Geld da ist.

Der **tbb** setzte darüber hinaus auch die Schaffung von Möglichkeiten zum vorgezogenen Ruhestand in der Thüringer Verwaltung und ein ressortübergreifende Personalentwicklungskonzept auf die Agenda. Die Ministerin zeigte sich aufgeschlossen, stellte jedoch klar: „Eine Neuauflage der bisherigen Altersteilzeit wird es nicht geben.“



Heike Taubert (SPD).
Foto: www.heiketaubert.de

(Quelle: TLZ / 22.01.15 Florian Girwert / 22.01.15 / TLZ ZOR000661637

Besuchen Sie uns im Internet: www.bsbd-thueringen.de



Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands
Gewerkschaft Strafvollzug
Landesverband Thüringen



Home

Organisation

Aktuell

Termine

Gesetze usw

Presse

Südländer

Intranet

Tarifverhandlungen

Rechtspolitik/Justiz in Thüringen:

Eine Privatisierung des Justizvollzugs wird abgelehnt

Der Bau der gemeinsamen JVA von Thüringen und Sachsen als länderübergreifendes Pilotprojekt ist im Haushalt sichergestellt

Auszüge aus dem Koalitionsvertrag zwischen den Parteien DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags.

Personal in der Justiz

Wir stimmen darin überein, dass angesichts der Altersstruktur in der Thüringer Justiz ein Personalentwicklungskonzept vorzulegen ist mit dem Ziel der Verjüngung des Personalkörpers. Aufgrund der besonderen Altersstruktur in der Thüringer Justiz wird eine notwendige Einstellungsreserve gebildet.

Durch zusätzliche Einstellungen in allen Justizlaufbahnen werden die in den kommenden Jahren sprunghaft ansteigenden Altersabgänge zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes kompensiert und die Arbeitsfähigkeit der Justiz in Thüringen gesichert; dies gilt insbesondere für den mittleren Dienst.

Das vorhandene Stellenabbaukonzept der Landesregierung für den Bereich der Justiz ist bis 2016 auf die demografischen Herausforderungen zu überprüfen und anzupassen.

Keine Privatisierung des Justizvollzugs

Wir lehnen eine Privatisierung des Justizvollzugs ab.“

„...Wir stehen für einen modernen Strafvollzug und damit für eine angemessene Unterbringung der Gefangenen mit einer Betreuung und Arbeitsmöglichkeiten, die dem Resozialisierungsgedanken gerecht werden.

Moderne Haftplätze bedeuten auch gute Arbeitsbedingungen für die Justizvollzugsbediensteten.

Dies wird den Arbeitsplatz Justizvollzug ebenso attraktiv machen wie Fortbildung und Weiterqualifizierung, wobei wir großes Augenmerk auf den Ausbau

der Kompetenzen im interkulturellen Bereich legen werden.

Strafvollzug und Resozialisierung

Mit dem Justizvollzugsgesetzbuch wurden die gesetzlichen Rahmenbedingungen für einen zeitgemäßen Justizvollzug geschaffen.“

„... Der Behandlungsvollzug soll durch eine personelle Stärkung des Justizvollzugs und der sozialen, psychologischen und medizinischen Fachdienste weiter verbessert werden.“

„...Der Bau der gemeinsamen Justizvollzugsanstalt der Freistaaten Thüringen

und Sachsen als länderübergreifendes Pilotprojekt in Zwickau-Marienthal wird haushaltsmäßig sichergestellt. Ziel ist es, die gemeinsame Justizvollzugsanstalt bis Ende der Legislaturperiode fertig zu stellen und in Betrieb zu nehmen. Wir überprüfen die Abschaffung sämtlicher

Schusswaffen im Thüringer Strafvollzug, in Abstimmung mit den Personalvertretungen.

Wir werden, nachdem das Führen einer Waffe durch Bedienstete lediglich im Hinblick auf den Gefangenentransport sicherheitsrelevant ist, prüfen, ob dieser Bereich, dem Beispiel anderer Bundesländer folgend, auf die Polizei übertragen werden kann.

Investitionsprogramm zur Modernisierung der Gerichte und der Justizvollzugsanstalten

Die Koalitionsparteien sind sich einig, dass ein Investitionsprogramm zum Erhalt der Bausubstanz und Nutzbarkeit der Gerichtsgebäude sowie Justizvollzugsanstalten aufgelegt wird. ...“

Der **BSBD Thüringen** wird sich in nächster Zeit umfassend damit beschäftigen und seine Position im Detail erarbeiten.



Impressum

62. Jahrgang

DER VOLLZUGSDIENST (VollzD)

Zeitschrift des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (**BSBD**)

HERAUSGEBER UND VERLAG

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (**BSBD**)

SCHRIFT- U. VERLAGSLEITUNG, ANZEIGENVERWALTUNG

Burghard Neumann,

Grüne Aue 19 a

14776 Brandenburg an der Havel

Telefon: 0 33 81 / 66 03 24

Mobil: 01 60 / 5 08 80 87

E-Mail: vollzugsdienst@t-online.de

Gerichtsstand und Erfüllungsort:
14776 Brandenburg an der Havel.

ERSCHEINUNGSWEISE

Der Vollzugsdienst (VollzD)

erscheint alle zwei Monate (Nr. 4/5 als Doppelnummer) und wird den Mitgliedern des Bundes der Strafvollzugsbediensteten über die Ortsverbände oder Einzelmitgliedern im Postversand zugestellt.

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. An Gefangene wird die Zeitschrift nicht abgegeben.

Die mit den Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Schriftleitung dar.

Für die Rubrik „Landesverbände“ sind die jeweiligen Landesvorsitzenden verantwortlich.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden im Falle der Nichtannahme zurückgesandt, wenn Rückporto beigefügt ist.

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

GESAMTHERSTELLUNG

Die MedienPartner GmbH

Industriehof 6,

Gebäude H,

77933 Lahr

Telefon 0 78 21 / 94 99 25

E-Mail: loeffel@die-medienpartner.de